Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion
Eing.: 19.11.2026
Ltg.-**1170/XX-2026**

Anfrage

des Abgeordneten Christoph Müller, BSc, gemäß § 39 Abs. 2 LGO 2001 an Landeshauptfrau Mag.ª Johanna Mikl-Leitner

betreffend „Millioneneinnahmen aus dem Flughafen Wien – Was investiert Niederösterreich in die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts?“

Der Flughafen Wien-Schwechat zählt zu den bedeutendsten Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Infrastrukturstandorten Niederösterreichs. Als internationales Luftverkehrsdrehkreuz ist er von zentraler Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung, die internationale Erreichbarkeit und die Standortattraktivität Niederösterreichs.

Das Land Niederösterreich hält über die NÖ Landes-Beteiligungsholding GmbH 20 % der Aktien der Flughafen Wien AG und profitiert damit unmittelbar von deren wirtschaftlicher Entwicklung. Bei insgesamt 84 Millionen ausgegebenen Aktien und einer Dividende von 1,65 Euro je Aktie für das Geschäftsjahr 2025 ergibt sich für die niederösterreichische Beteiligung ein rechnerischer Bruttodividendenanspruch von rund 27,72 Millionen Euro. Gemeinsam mit der Stadt Wien, die ebenfalls 20 % der Aktien hält, belaufen sich die entsprechenden Dividendenerträge auf rund 55,44 Millionen Euro.

Die Dividendenausschüttungen haben sich in den vergangenen Jahren erheblich erhöht. Allein aus den Geschäftsjahren 2016 bis 2025 ergeben sich für die niederösterreichische Beteiligung rechnerische Bruttodividenden von insgesamt rund 127,5 Millionen Euro. Damit stellt die Beteiligung an der Flughafen Wien AG eine bedeutende Einnahmequelle für die öffentliche Hand dar.

Neben diesen Beteiligungserträgen entstehen durch den Flughafenbetrieb weitere öffentliche Einnahmen, insbesondere aus der österreichischen Flugabgabe sowie aus Lohnsteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer. Über den Finanzausgleich profitiert auch Niederösterreich anteilig vom Aufkommen gemeinschaftlicher Bundesabgaben. Hinzu kommen wirtschaftliche Effekte durch Beschäftigung, Investitionen und die Ansiedlung von Unternehmen am Flughafenstandort. Dabei ist zwischen unmittelbar dem Landeshaushalt zufließenden Einnahmen, rechnerischen Anteilen am bundesweiten Steueraufkommen und allgemeinen volkswirtschaftlichen Effekten zu unterscheiden.

Gleichzeitig steht der Flughafen Wien in einem intensiven internationalen Standortwettbewerb. Die österreichische Flugabgabe stellt dabei einen zusätzlichen Kostenfaktor für den Luftverkehr dar. Vor dem Hintergrund der Diskussion über ihre mögliche Abschaffung sowie über die Wettbewerbsfähigkeit des Flughafens stellt sich die Frage, in welchem Umfang das Land Niederösterreich finanziell vom Flughafenstandort profitiert und welchen Beitrag es selbst zu dessen Entlastung und langfristiger Entwicklung leistet.

Insbesondere ist zu klären, in welchem Ausmaß die beträchtlichen Dividendenerträge tatsächlich dem Landeshaushalt zufließen, wie diese Mittel verwendet werden und ob die NÖ Landesregierung beabsichtigt, einen Teil der Einnahmen gezielt für Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Flughafenstandorts einzusetzen.

Der unterfertigte Abgeordnete stellt daher folgende

Anfrage

1. Wie hoch waren die jährlichen Dividendenerträge des Landes Niederösterreich aus seiner 20-prozentigen Beteiligung an der Flughafen Wien AG in den Jahren 2016 bis 2026? (Bitte um Aufschlüsselung nach Geschäftsjahr, Ausschüttungsjahr, Dividende je Aktie und Gesamtausschüttung)
2. In welcher Höhe sind diese Dividendenerträge tatsächlich dem Landeshaushalt zugeflossen und wie wurden sie verwendet?
    a. Welche Beträge verblieben in der NÖ Landes-Beteiligungsholding GmbH beziehungsweise anderen landesnahen Gesellschaften?
3. Welche Dividendenerträge werden für 2027 und 2028 erwartet und in welcher Höhe sind diese im Doppelbudget 2027/2028 berücksichtigt?
    a. Welche Annahmen liegen den Prognosen zugrunde?
4. Wie hoch waren die dem Land Niederösterreich im Rahmen des Finanzausgleichs rechnerisch zurechenbaren Einnahmen aus der Flugabgabe in den Jahren 2016 bis 2025? (Bitte um jährliche Aufschlüsselung einschließlich der Berechnungsgrundlagen)
5. Welche weiteren direkten und indirekten Einnahmen erzielt das Land Niederösterreich aus dem Flughafen Wien und dessen wirtschaftlicher Tätigkeit? Insbesondere wird um Darstellung der zurechenbaren Ertragsanteile an Bundesabgaben (Lohnsteuer, Körperschaftsteuer, Umsatzsteuer), Einnahmen aus Grundstücken und Vertragsverhältnissen sowie sonstiger Beteiligungs- und Abgabenerträge ersucht.
6. Wie hoch waren die gesamten dem Land Niederösterreich unmittelbar zugeflossenen beziehungsweise rechnerisch dem Flughafenstandort zurechenbaren öffentlichen Einnahmen in den Jahren 2016 bis 2025?(Bitte um jährliche Aufschlüsselung nach Einnahmenarten unter Vermeidung von Doppelzählungen)
7. Welche finanziellen Mittel hat das Land Niederösterreich in den Jahren 2016 bis 2025 zur Förderung, infrastrukturellen Erschließung und wirtschaftlichen Entwicklung des Flughafenstandorts bereitgestellt?(Bitte um Aufschlüsselung nach Förderungen, Investitionen und sonstigen Unterstützungsleistungen)
8. Welche konkreten Maßnahmen plant die NÖ Landesregierung für 2027 und 2028 zur finanziellen Entlastung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Flughafens Wien?
    a. Wird insbesondere geprüft, einen Teil der Dividendenerträge gezielt für Standortinvestitionen oder wirtschaftliche Entlastungen einzusetzen? Falls nein, warum nicht?

9. Welche finanziellen und wirtschaftlichen Auswirkungen hätte eine vollständige oder teilweise Abschaffung der Flugabgabe auf Niederösterreich?
    a. Welche Berechnungen zu Einnahmenausfällen, Passagieraufkommen, Beschäftigung und Wertschöpfung liegen dazu vor?
10. Welche Gespräche hat die NÖ Landesregierung seit 2024 mit der Bundesregierung, der Stadt Wien und der Flughafen Wien AG über die Flugabgabe und mögliche Standortentlastungen geführt?
    a. Welche Ergebnisse und Vereinbarungen liegen vor?
11. Welche langfristige Strategie verfolgt die NÖ Landesregierung zur Verwendung der Erträge aus ihrer Flughafenbeteiligung?
    a. Sind Reinvestitionen in die Infrastruktur und Wettbewerbsfähigkeit des Standorts vorgesehen?